

NORDKOREA

Missionar aus Südkorea zu lebenslänglich im Arbeitslager verurteilt

Als „Gefangenen des Monats Januar“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den in Nordkorea inhaftierten Christen Choi Chun-gil benannt. Der Südkoreaner wurde am 4. Dezember 2014 festgenommen, was erst am 26. März 2015 offiziell bestätigt wurde. Ihm wird von der kommunistischen Diktatur vorgeworfen, zusammen mit dem presbyterianischen Pastor Kim Kuk-gi, „Gefangener des Monats Juni 2020“, von der chinesischen Hafenstadt Dandong aus nahe der Grenze zu Nordkorea für den südkoreanischen Geheimdienst spioniert zu haben. Sie hätten zudem an einer Verleumdungskam-

Musterbrief

Seine Exzellenz
Kim Jong-un
Oberster Führer der Demokratischen Volksrepublik Korea
via Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea
Glinkastraße 5-7
10117 Berlin

Exzellenz,

ich erlaube mir, mich wegen des südkoreanischen Staatsbürgers Choi Chun-gil an Sie zu wenden. Er ist seit Dezember 2014 in Nordkorea inhaftiert und wurde durch den Obersten Gerichtshof am 23. Juni 2015 zu lebenslanger Haft mit Arbeitslager verurteilt. Der evangelische Christ versandte von der chinesischen Stadt Dandong Waren und Hilfsgüter nach Nordkorea. Die Anklage, die zum Urteil führte, unter anderem der Spionage-Vorwurf, entbehrten jeglicher Grundlage. Ich bitte darum, dass er sofort freigelassen wird und in seine Heimat ausreisen darf.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

Choi Chun-gil

pagne gegen Nordkorea mitgewirkt. Der Geschäftsmann und Missionar war daran beteiligt, religiöse Schriften und Devotionalien sowie humanitäre Hilfe nach Nordkorea zu liefern. Im Mai 2015 stellten die nordkoreanischen Behörden Pastor Choi und Kim Kuk-gi auf einer Pressekonferenz in Pjöngjang der Weltöffentlichkeit vor. Am 23. Juni 2015 verurteilte der Oberste Gerichtshof Choi zu lebenslanger Haft mit Arbeitslager. IGFM und IDEA rufen zum Einsatz mittels Appellbriefen für die sofortige Freilassung des Christen auf.

NIGERIA

Freispruch für Christin Rhoda Jatau

Ein Gericht im nigerianischen Bundesstaat Bauchi hat am 19. Dezember die Christin Rhoda Jatau von den Blasphemievorwürfen freigesprochen. Am 20. Mai 2022 wurde sie festgenommen, nachdem Jatau über den Mitteilungsdienst WhatsApp einen Kommentar aus Ghana zum Lynchmord an der christlichen Studentin Deborah Emmanuel Yakubu im nigerianischen Bundesstaat Sokoto erhalten und an Kollegen weitergeleitet hatte. Wegen einer angeblich gotteslästerlichen Audionachricht auf WhatsApp war Yakubu – ebenfalls

Christin – von einem Mob gesteinigt und verbrannt worden.

Jatau wurde nicht nur Gotteslästerung und „Herabwürdigung einer religiösen Überzeugung“, sondern auch „Cyberstalking“ sowie „Anstacheln zu öffentlichem Aufruhr“ vorgeworfen. Aufgrund des öffentlichen Drucks islamischer Gruppen verweigerte ihr das zuständige Gericht die Freilassung gegen Kautionszahlung.

Jatau, die von der IGFM zusammen mit der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA im November 2022 als „Gefangene

des Monats“ benannt wurde, wäre ebenfalls beinahe gelyncht worden: Muslimische Kollegen hatten offenbar an ihrer Mitteilung Anstoß genommen und stachelten eine Menschenmenge an, die ihr Haus in der Stadt Warji stürmte und später mehrere Gebäude in Brand setzte. Bei dem Aufruhr wurden 15 Christen schwer verletzt. Bevor die Fanatiker der Frau etwas antun konnten, griffen Staatsschutzbeamte ein, wobei sie Jatau festnahmen. Die fünffache Mutter blieb bis Dezember 2023 ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert und kam dann frei.

VORANKÜNDIGUNG

JAHRESTAGUNG DER IGFM – 29./30. März 2025 in Bonn

Religiös motivierte Kriegskritiker unter Putin weiterhin staatlich verfolgt

In Russland ist am 18. Oktober 2024 der Pastor einer Pfingstkirche in Haft gekommen, weil er sich öffentlich gegen die Ukraine-Krieg ausgesprochen hat. Die Kritik von Pastor Nikolay Romanyuk aus Balaschikha in der Region Moskau ist religiös begründet, wie die Osloer Organisation „Forum 18“ berichtet. Gläubige dürften auf der Grundlage der Heiligen Schrift nicht in den Krieg ziehen und gegen die Ukraine kämpfen, mahnte er in einer Predigt, die live gestreamt und auf dem YouTube-Kanal der Kirche hochgeladen wurde.

Die Strafverfolgungsbehörden werfen ihm nun vor, zu Aktivitäten aufgerufen zu haben, die gegen die Sicherheit Russlands gerichtet seien. Ihm drohen bis zu sechs Jahre Haft oder eine beträchtliche Geldstrafe. Die Festnahme erfolgte nach Razzien in seiner Wohnung sowie den Wohnungen weiterer Mitglieder seiner Kirche. Zwei Tage darauf ordnete ein Gericht Untersuchungshaft an. Romanyuk befindet sich im Untersuchungsgefängnis Nummer 11 in Noginsk, 50 Kilometer östlich von Moskau.

Der russische Buddhist Ilya Vasilyev,

Gründer und Leiter des Moskauer Zen-Zentrums, befindet sich ebenfalls hinter Gittern. Er kritisierte auf Facebook aus religiöser Überzeugung russische Raketenangriffe auf ukrainische Städte. Nun werfen ihm die Behörden vor, „aus Hass oder Feindschaft“ bewusst falsche Informationen über die russischen Streitkräfte verbreitet zu haben. Im Falle eines Schuldspruchs drohen Vasilyev fünf bis zehn Jahre Haft oder eine Geldstrafe von drei bis fünf Millionen Rubel (umgerechnet rund 28.000 Euro bis zu über 47.000 Euro).

Angriffe auf Christen sorgen für Furcht und Entsetzen

In Syrien kam es Mitte Dezember zu Vandalismus auf einem christlichen Friedhof, es wurden Schüsse auf das Kreuz an einem Gebäude des Erzbistums abgefeuert, ein Auto mit Drohschriften wurde gesichtet und ein christliches Ehepaar wurde unter mysteriösen Umständen brutal ermordet. Darüber berichtet der katholische Online-Informationsservice AsiaNews.

Diese vier Vorfälle stellen AsiaNews zufolge noch keinen Trend dar, aber sie geben dennoch Anlass zum Nachdenken und geben dennoch Anlass zur Sorge über das Schicksal der christlichen Minderheit in Syrien, insbesondere in einer Zeit, die sowohl von Hoffnung wie von Unsicherheit geprägt ist, zumal nach dem Sturz des Diktators Bashar al-Assad und der Machtübernahme der Opposition unter der Führung der Gruppe Hay'at Tahrir al-Sham (HTS), die einst mit der al-Nusra-Front (ehemals al-Qaida) verbunden war.

Der schlimmste gemeldete Vorfall ereignete sich im griechisch-orthodoxen Dorf El-Jamasliyye im Wadi al-Nasara, dem „Tal der Christen“, Gouvernement Homs. Ein christliches Ehepaar, Samaan Satme und Helena Khasouf, wurde am 13. Dezember brutal er-



FOTO: SYRISCH-ORTHODOXE DIOZESE VON EL-DSCHASIRA UND EUPHRAT

Der syrisch-orthodoxe Erzbischof von El-Dschasira und Euphrat, Mor Maurice Amsih, hat der IGFM herzliche Weihnachts- und Neujahrsgrüße übermittelt und die Lage seit dem Machtwechsel in Syrien kommentiert. „Unser Schicksal hier ist ungewiss. Ich habe Dutzende von vertriebenen Familien aus Afrin, Idlib und Gebieten, die von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden, aufgenommen und für sie Unterkünfte beschafft.“ Es halten sich seitdem rund 200 Familien von Flüchtlingen, Christen und vor allem Jesiden, in den von Kurden kontrollierten Gebieten auf. Seit seiner Machtübernahme geht das Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) mit äußerster Gewalt gegen vermeintliche und tatsächliche Anhänger des früheren Diktators Baschar al-Assad vor. Den Beteuerungen, die Christen würden vor Übergriffen verschont, trauen die meisten Angehörigen der Minderheit nicht. Vertreter der Jesiden haben gegenüber der IGFM auf Nachfrage erklärt, dass sie Angst ums Überleben ihrer Gemeinschaft haben. Im Bild ist der Erzbischof links mit roter Weste im Kreise von Darstellern eines Krippenspiels zu sehen.

mordet: Der Mann wurde enthauptet, während die Frau kaltblütig erschossen wurde.

Die Ermittlungen deuteten zunächst darauf hin, dass es sich um bei dem Täter oder den Tätern um Einbrecher handel-

te, doch diese Version hat viele Nachbarn der Opfer nicht überzeugt, eine Ansicht, die sich in den sozialen Medien widerspiegelt, insbesondere in denen, die den neuen Führern Syriens sehr skeptisch gegenüberstehen.

Manche Menschen erinnern sich an ähnliche Morde in der Vergangenheit, die eindeutig durch religiöse Vorurteile motiviert waren.

In Hama haben zwei getrennte Vorfälle für Entsetzen gesorgt. Am Dienstag zerstörten Mitglieder von Hay'at Tahrir al-Sham einen örtlichen christlichen Friedhof, plünderten, entweihten Gräber, zerstörten einige Kreuze und enthaupteten eine Marienstatue.

Zuvor soll ein Auto mit HTS-Mitgliedern auf das Hauptquartier des griechisch-orthodoxen Erzbistums in Hama geschossen und auf das Kreuz gezielt haben. Lokale Quellen berichten, dass die Gruppe anschließend in die Sankt-Georgs-Kirche einbrach und einige Kreuze zerstörte. Insbesondere Angehörige von Minderheiten sind überdies um die öffentliche Ordnung besorgt, da noch immer nicht klar ist, wie die Polizeieinheiten der vormaligen Diktatur, die aufgelöst wurden, ersetzt werden sollen.